

Milchader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,80 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1,85 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 39 bei der Oberamtspostkasse Reutlingen Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enzthalbrot & Co., Wildbad; Verleger: Hermann Schönbauer, Filiale Wildbad. — Postfachkonto 291 74 Stuttgart. Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die einpaltige 45 mm breite Millimeterzeile 3 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellensuche 2 Pf.; im Restteil die 90 mm breite Millimeterzeile 15 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schlag der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. — Druck, Verlag u. Versand: Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Habertus

Nummer 34

Februar 1934

Samstag den 10. Februar 1934.

Februar 479

69. Jahrgang.

Doumergue als Liquidator des alten Systems

Wenn man sich die politische Landkarte Europas betrachtet, dann bleiben nicht viel Staaten übrig, in denen der Parlamentarismus, einst das vielgeliebte Konstruktionsprinzip moderner Regierungsmaschinerie, noch funktioniert. Von den Großmächten ist es eigentlich nur noch England, in dem er seine Form und, äußerlich gesehen, auch seine Arbeitsfähigkeit erhalten hat.

In Frankreich, dem Lande, das sich in den internationalen Diskussionen der letzten Monate wiederholt gern als den starken Hort der Volkssouveränitäten bezeichnet hatte, sind Demokratie und Parlamentarismus im Ansehen der öffentlichen Meinung schon in den letzten Wochen täglich zusammengebrochen, und am Mittwoch ist, wenn nicht alles trügt, auch ihre praktische Geltung wenigstens im bisherigen Ausmaße zu Ende gegangen. Es war ja schon grotesk, daß Daladier, der am Dienstag in der Deputiertenkammer dreimal mit starker Mehrheit ein Vertrauensvotum erhielt, und damit nach den parlamentarischen Spielregeln der demokratischen Völker zur Führung der Regierungsgeschäfte in aller Form legitimiert wurde, am Mittwoch mittag mit seinem ganzen Kabinett die Demission einreichte und damit bekannte, wie wenig die von präteritalischen Rücksichten bestimmten Mehrheitsvoten des Parlaments noch in der Lage waren, ihm für die Führung des Staates die Autorität zu verleihen, die er haben mußte, wenn er sie mit Erfolg ausüben sollte.

Inzwischen hatte die Volksöffentlichkeit selbst gesprochen. Man würde sicherlich aus dem Reagen des Parlamentarismus in die Traufe hemmungsloser Demagogie geraten, wenn man Straßendemonstrationen und die gewalttätige Auflehnung erregter Volksmassen nun als Ausdruck politischer Willensbildung werten wollte. Aber in Frankreich lagen die Dinge doch so, daß die Unzufriedenheit breiterer Volksschichten mit den Ergebnissen des parlamentarischen Systems unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Zeit ganz von selbst entstanden war und daß es keiner künstlichen Aufpeitschung der Leidenschaften bedurfte, um etwa eine oppositionelle Volksbewegung zu entfesseln. Sicherlich stehen auch hinter den Demonstrationen, die die Place de la Concorde füllten, wieder routinierte Politiker, die die Erregung der Massen für ihre besonderen Zwecke auszubenten trachten und die sie darum dirigieren. Die Demonstrationen sind ganz offenbar in der Hauptsache von den Führern der Rechten geleitet worden, die sie als Angriffskolonnen gegen die nach ihrer Meinung stürmisch gewordene Stellung der nun schon so lange in Frankreich regierenden Linksparteien benutzen wollten. Der Anteil der Kommunisten, die in Frankreich überhaupt nur eine untergeordnete Rolle spielen, ist demgegenüber gering. Sie haben lediglich versucht, als Nutznießer der von ihnen Antipoden inszenierten Aufmärsche ihre aufreizende Agitation in der Menge zu treiben.

Das hätte sich der höchst ehrenwerte und populäre ehemalige Präsident der Republik Gaston Doumergue wohl nicht träumen lassen, daß er noch einmal aus der friedlichen Stille seines Altersaufenthaltes in Tournef la Feuillie bei Toulouse herausgeholt werden würde. Als er vor 2 1/2 Jahren nach Ablauf seiner Amtszeit sich ins Privatleben zurückzog, bezeugte er seinen Willen, nun nichts mehr in der Politik zu tun zu haben, nach außen hin in einer für den Franzosen besonders eindringlichen Form. Der damals 68-jährige verheiratete sich wenige Tage vor dem Ende seiner Präsidentschaft mit Frau Jeanne Graves, der Vetterin einer höheren Töchterschule. Es war dies übrigens die erste Hochzeit, die im Elysee stattgefunden hat. Dieser Schritt und dazu noch die Tatsache, daß Doumergue als Sprößling einer hugenottischen Familie protestantisch ist, haben ihn in der Öffentlichkeit mit einer besonderen Gloriosa umwoben, auf die es auch zurückzuführen sein dürfte, daß man ihn noch nicht vergessen hatte.

In seinem 71. Lebensjahr kehrt nun Doumergue in die Politik zurück, der er seit seinem 40. Lebensjahre angehört hat. Doumergue gehört weder der Kammer, noch dem Senat an. Schon das ist ein Abweichen vom bisherigen Brauch, der, ganz ohne Grund, als geheiligtes Geheiß galt. Und Doumergue will bei der Zusammenstellung seiner Regierung auch weiter einen ungewöhnlichen Weg gehen. Keine Parteiaristokratie, kein Zusammenrechnen von Kammermehrheiten, sondern ein Kabinett aus Männern aller Gruppen, die durch ihre bisherigen Leistungen und Stellungen in der französischen Politik bestimmte Persönlichkeitswerte repräsentieren. Es soll ein Kabinett ehemaliger Ministerpräsidenten werden. Man nennt Tardieu, Laval, Barthou, Herriot, auch Daladier als seine Mitglieder. So will Doumergue eine Regierung der nationalen Konzentration schaffen. Aber er ist sich natürlich darüber klar, daß dieses Parlament, das von den Ereignissen des Dienstagabend wohl eingeschüchtert ist, nach Rückkehr der äußeren Ruhe binnen kurzem seine Machtprüfung wieder erheben wird, ohne zu einer großen politischen Linie finden zu können. Deshalb hat er die Auflösung der Kammer als Bedingung für die Übernahme der Ministerpräsidentenschaft gefordert. Deshalb ver-

Tagespiegel.

Der Reichsjustizminister hat an die Länderregierungen einen Erlass gerichtet, in dem er die Bedeutung des 31. Januar hervorhebt, an dem die Justizhoheit der Länder auf das Reich übergegangen ist.

Nach englischen Witterstimmungen hat die österreichische Regierung in London, Rom und Paris Schriftstücke mit den Reichsverbänden über die Reichsregierung überreichen lassen, die dem Völkerbund unterbreitet werden sollen.

In Athen wurde der Balkanpakt feierlich unterzeichnet und der Wortlaut verkündet.

Von der Wasserfronte und den skandinavischen Ländern werden große Sturmshäden gemeldet, auch Berlin und Breslau wurden zum Teil heimgesucht.

In Paris ist am Freitagabend die Kabinettsbildung endgültig abgeschlossen worden. Herriot und Tardieu werden als Minister ohne Portefeuille geführt. Sonst sind an der vorläufigen Liste nur unwesentliche Änderungen angebracht.

langt er für die Neuwahlen sechs Monate Ausschub. Er denkt sich für sein Kabinett also ein Regime auf Grund besonderer Vollmachten.

Kein Wunder, daß die Linke schäumt. Für Montag hat der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes einen 24köpfigen Generalkonferenz beschlossene. Aber die Rechte steht dieser roten Drohung nicht ratenlos gegenüber. Es ist vielleicht nur ein Symptom, aber doch eben ein Symptom, das man am Mittwoch in Paris zum ersten Male geschlossene Züge der „Francisten“, jener neuen faschistischen Organisation, sehen konnte, die sich mit dem Faschistengruß begrüßten.

Die französische Ministerliste

Paris, 9. Febr. Handes verbreitet unter dem Vorbehalt späterer Änderungen folgende Ministerliste:

- Ministerpräsident: Doumergue,
- Außenminister: Barthou, Senator der demokratischen und radikalen Vereinigung,
- Justiz: Chéron, Senator, parteilos,
- Inneres: Sarraut, Senator, Radikalsozialist,
- Krieg: Marshall Petain;
- Kriegsmarine: Pietri, Abg. der demokratischen Linken,
- Luft: General Denain,
- Finanzen: Germain Martin, Abg., Radikalsozialist,
- Unterrichtswesen: Berthod, Abg., Radikalsozialist,
- Handel: Herriot, Abg., Radikalsozialist,
- Kolonien: Laval, Senator, parteilos,
- Landwirtschaft: Tardieu, Abg. der Republikanischen Mitte,
- Wesentliche Arbeiten: Landin, Abg., Demokratische Linke,
- Wesentliches Gesundheitswesen und Physische Ausbildung: Marin, Abg. der demokratischen Vereinigung,
- Arbeit: Marquet, Abg., Neuzozialist,
- Pensionen: Pbarnegars, Abg. der Republikanischen Vereinigung, oder Rivolet.

Spanien vor einer neuen Revolution?

Bürgerkrieg-Parolen Rechts und Links

Zur gleichen Zeit, in der Frankreich im Lärm ungewöhnlich heftiger Straßenkämpfe eine System-, wenn nicht gar eine Staatskrise durchmacht, ballen sich auch in Spanien Gewitterwolken zusammen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die junge Republik, die im April erst die Feier ihres dreijährigen Bestehens begehen könnte, vor einem revolutionären Versuch ernsthafteren Charakters als es die Revolte vom vergangenen Dezember war, steht.

Die Stellung der Regierung Lerrouz ist schwach. Lerrouz stützt sich ausschließlich auf die Parteien der Mitte und ist damit im Parlament in der Minderheit, denn von den 473 Mandaten, die die Cortes zählen, stehen ihm nur 135 zur Verfügung. Allerdings ist auch keine der anderen Parteiengruppen stark genug, um etwa allein eine tragfähige Regierungsmehrheit aufbringen zu können. Die Rechte umfaßt 220 Abgeordnete, die Linke 90 und außerdem sind noch 28 Mandate zerplittert oder zur Zeit unbesetzt. Lerrouz kann die Geschäfte lediglich dadurch führen, daß er sich von Fall zu Fall bei den neun verschiedenen Parteien der Rechten Hilfe holt. Das ist nicht nur eine außerordentlich unsichere Basis für seine Politik, denn er weiß im voraus nie, ob und wie

welt ihm die Unterstützung gewährt wird. Vor allem aber muß er den Ansprüchen der Rechten natürlich Konzessionen machen, die ihn zum Teil seiner eigenen Parteikoalition, vor allem aber der Linken gegenüber, stark belasten. Die Rechte hat so tatsächlich erheblichen Einfluß auf die Regierungspolitik, ohne daß sie doch die Verantwortung für sie mit zu tragen hätte. Auf der Linken und in der Mitte ist man deshalb seit langem schon um den Fortbestand der Republik ernstlich besorgt. Die Politik der Gefälligkeiten nach Rechts hat unter Lerrouz dazu geführt, daß fast alle in den ersten Jahren der Republik durchgeführten Reformen auf sozialem und kulturellem Gebiet wieder rückgängig gemacht worden sind.

Unter diesen Umständen ist bei den jetzt beginnenden Debatten in den Cortes der Ausbruch einer Kabinettskrise fast unvermeidlich. Die Bildung einer Rechtsregierung erscheint trotzdem wenig aussichtsreich, denn sie würde zur Mehrheit nicht nur die 18 Stimmen der konservativen Republikaner, die sich jetzt zur Mitte rechnen, brauchen, sie ist auch in sich so stark zerplittert und durch Interessengegensätze und wechselseitiges Mißtrauen so wenig aktionsfähig, daß man von einem Koalitionskabinett der Rechten nicht sprechen kann. Ihren Kern bildet die „Accion Popular“, die 111 Abgeordnete zählt und die sich, um den Wettbewerb gegen die „Minoria Agraria“, die eigentliche Agrarpartei, besser betreiben zu können, noch den Zusatz „Agraria“ im Namen beigelegt hat. Ihr Führer, Gil Robles, gut als jung und tatkräftig und wäre wohl geeignet, eine politische Rolle zu spielen, er stößt aber auf das heftige Mißtrauen der monarchistischen Parteien der Rechten, die ihrerseits wieder dadurch heftig verärgert sind, daß die ihnen die Ueberbleibsel der ehemaligen Carlisten darstellen, die anderen Alfons XIII. und seinen Söhnen, den Infanten Don Juan, der zur Zeit als Seeladett in der königlich britischen Flotte dient, als Thronanwärter präsentieren. Die „Accion Popular Agraria“ hat sich zur Republik bekannt, sicherlich nicht aus Begeisterung für sie, als vielmehr aus realpolitischen und moralischen Erwägungen, zumal der Papst diese Stellungnahme empfohlen hat und die Anhänger der „Accion Popular“ durchweg gute Katholiken sind.

Von beiden Seiten, von der monarchistischen Rechten so wohl wie von der sozialistischen Linken, die obendrein immer mehr unter den Einfluß anarchistischer Kräfte gerät, wird offen mit der Anwendung der Gewalt gedroht. Der Marquis de Estella reist durch das Land und wirbt Rekruten für eine „Falange Espaniola“ (spanische Falange) genannte Kampftruppe, die eine neue Variation des Faschismus darstellt. Gleichzeitig predigen die radikalen Führer des Sozialismus den offenen Machtkampf durch Gewalt. Und es ist unter diesen Umständen nicht überraschend, daß Gil Robles, der Führer der größten Parlamentsfraktion, seine Anhänger aufruft, sich bereit zu halten, um Gewalt mit Gewalt zu vergelten. Das sind alles so offene Vorbereitungen zum Bürgerkrieg, daß es nur noch eines Funken bedarf, um das auf allen Seiten angehäufte Pulver zur Entzündung zu bringen. Was dann kommt, die Monarchie, eine faschistische Rechtsdiktatur oder eine sozialistische Diktatur, ist bei der Unübersichtlichkeit der Kräfteverteilung im Lande, die ja auch noch durch regionale Autonomieansprüche, wie z. B. Katalonien, zerplittert wird, schwer zu übersehen.

Nur noch Reichsjustiz

Erlaß des Reichsjustizministers

Berlin, 9. Febr. Der Reichsminister der Justiz, Dr. Gürtner, hat am 6. Februar an die Landesjustizverwaltungen folgenden Erlass gerichtet:

Mit den Hoheitsrechten der Länder ist auch die Justizhoheit auf das Reich übergegangen. Seit dem 30. Januar d. J. gibt es nur noch eine Justiz im Deutschen Reich. Hiermit stehen wir auch im Rechtsleben der Nation an einer Wende von geschichtlicher Bedeutung für die Landesjustizverwaltungen hat der letzte Abschnitt ihrer jahrhundertelangen Entwicklung begonnen. Bliden wir zurück auf ihr Wirken, so erkennen wir die Größe dessen, was sie für das Vaterland geleistet haben. Wenn die deutsche Justiz — von trüben Zeiten abgesehen — das Vertrauen genok, unerschütterlich und mit Gerechtigkeitsinn zu walten, wenn die deutsche Justiz auch im Ausland in hohem Ansehen und in dem ehrenden Rufe unerschütterlicher Zuverlässigkeit stand, so ist dies überwiegend das Verdienst der Rechtspflege in den Ländern. Sie in der jetzigen Stunde vor aller Welt anzuerkennen, ist der Reichsregierung eine ehrenvolle Pflicht. Damit, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 30. Januar d. J. das Reich Träger der Justizhoheit geworden ist, ist eine einheitliche Reichsjustiz noch nicht geschaffen. Hier das Haus zu bauen, in dem sie hinfert heimisch sein soll, ist Aufgabe der nächsten Zeit. Die Schwierigkeiten, die die Vereinheitlichung der Justizverwaltung bietet, dürfen nicht unterschätzt werden. Letzter Gesichtspunkt wird und muß bleiben, die Justiz vor jeder Erschütterung zu bewahren. Erst wenn das Reichsjustizministerium das einheitliche Justizverwaltungsrecht geschaffen und, soweit notwendig, eine weitere Vereinheitlichung des materiellen Rechts vorgenommen haben wird, kann das neue Haus bezogen werden. Bis dahin führen die Landesjustizverwaltungen

